

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Hartmut Moorkamp (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
namens der Landesregierung

**Absichtserklärung für ein Regionalisierungsabkommen zu HPAI und ASP zwischen Deutschland und China**

Anfrage des Abgeordneten Hartmut Moorkamp (CDU), eingegangen am 28.05.2026 -  
Drs. 19/10772,  
an die Staatskanzlei übersandt am 01.06.2026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
namens der Landesregierung vom 18.06.2026

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Beim Staatsbesuch von Bundeskanzler Friedrich Merz in der Volksrepublik China Ende Februar 2026 unterzeichneten Deutschland und China eine Absichtserklärung zur Ausarbeitung von Regionalisierungsabkommen zur Hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) und zur Afrikanischen Schweinepest (ASP). Ziel ist es, im Tierseuchenfall Handelsbeschränkungen zukünftig auf betroffene Regionen zu begrenzen und Exporte aus seuchenfreien Gebieten weiterhin zu ermöglichen.<sup>1</sup>

Die Vereinbarung soll perspektivisch auch eine Grundlage dafür schaffen, den seit dem ASP-Ausbruch in Deutschland im Jahr 2020 bestehenden Importstopp Chinas für deutsches Schweinefleisch zu überwinden.<sup>2</sup>

Wirtschafts- und Branchenvertreter bewerten mögliche Regionalisierungsabkommen als wichtigen Schritt, um internationale Absatzmärkte auch bei regional begrenzten Tierseuchenausbrüchen offen zu halten. Dies gilt insbesondere für die Schweinefleischwirtschaft, für die der chinesische Markt eine zentrale Rolle in der Wertschöpfungskette spielt.<sup>3</sup> Entsprechend wurde der Besuch des Bundeskanzlers von Teilen der Branche als mögliches Signal für neue Perspektiven im Handel mit Schweinefleisch und Nebenprodukten bewertet.<sup>4</sup>

**1. Wie bewertet die Landesregierung gegebenenfalls die unterzeichnete Absichtserklärung zur Ausarbeitung von Regionalisierungsabkommen zu HPAI und ASP?**

Die Landesregierung begrüßt die Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen Deutschland und China zur Ausarbeitung von Regionalisierungsabkommen hinsichtlich der Hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) und der Afrikanischen Schweinepest (ASP). Die Vereinbarung stellt einen wichtigen Schritt dar, um die Anerkennung des in der Europäischen Union etablierten Regionalisierungsprinzips durch China voranzubringen. Ziel ist es, Handelsbeschränkungen im Seuchenfall künftig auf betroffene Regionen zu begrenzen und damit unverhältnismäßige landesweite Exportverbote zu vermeiden. Die Landesregierung bewertet dies als positives Signal für die deutsche und insbesondere

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.bmlh.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2026/019-china-regionalisierungsabkommen.html>.

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.bmlh.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2026/019-china-regionalisierungsabkommen.html>.

<sup>3</sup> Vgl. <https://bga.de/im-fokus/artikel/merz-bringt-hoffnung-aus-china-mit/>; <https://www.schweine.net/news/wertschoepfung-asp-abkommen-china-entscheidend.html>.

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.schweine.net/news/signalwoche-fuer-schweinehalter-merz-china-rainer.html>.

die niedersächsische Agrar- und Ernährungswirtschaft. Es bleibt abzuwarten, ob die Absichtserklärungen zum Erfolg führen werden.

**2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung möglichen Regionalisierungsabkommen mit China für die niedersächsische Schweine- und Geflügelwirtschaft bei?**

Niedersachsen verfügt über eine besonders starke Schweine- und Geflügelwirtschaft, welche für einzelne Produktbereiche sehr exportorientiert ist. Die Volksrepublik China hatte als Gegenmaßnahme zu den von der EU erhobenen Strafzöllen auf Importe chinesischer E-Autos Zölle auf Schweinefleisch und Nebenprodukte vom Schwein aus der EU erhoben. Dies führte zu einem steigenden Angebot auf dem europäischen Markt und damit indirekt auch zu einem steigenden Preisdruck auf niedersächsische schweinehaltende Betriebe und Fleischverarbeiter. Vor diesem Hintergrund misst die Landesregierung möglichen Regionalisierungsabkommen mit China eine erhebliche Bedeutung bei. Die Möglichkeit, auch im Falle eines regional begrenzten Tierseuchengeschehens den Export aus nicht betroffenen Gebieten fortzuführen, würde zu einer Entspannung der europäischen Angebotssituation beitragen und dürfte sich positiv auf die Wirtschaftlichkeit des Sektors auswirken.

**3. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen erwartet die Landesregierung für die niedersächsische Veredelungswirtschaft für den Fall eines Abschlusses entsprechender Abkommen?**

Ein erfolgreicher Abschluss entsprechender Abkommen könnte sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der niedersächsischen Veredelungswirtschaft auswirken und belohnt die erfolgreichen Bemühungen der Länder bzw. Mitgliedstaaten zur Seuchenprophylaxe und -prävention. Durch die Aufhebung von Exportbeschränkungen könnten zusätzliche Absatzmärkte erschlossen beziehungsweise zurückgewonnen werden. Dies gilt insbesondere für Erzeugnisse und Teilstücke, für die auf dem europäischen Markt eine geringere Nachfrage besteht, die jedoch auf den asiatischen Märkten regen Absatz finden (Öhrchen, Pfötchen, Schwänze). Gleichzeitig könnten Marktstabilität und Wertschöpfung in den betroffenen Branchen gestärkt werden. Die konkreten wirtschaftlichen Effekte hängen jedoch von den endgültigen Ausgestaltungen der Abkommen sowie von den künftigen Marktbedingungen und Handelsströmen ab.

**4. In welchem Umfang ist die Landesregierung gegebenenfalls über den aktuellen Stand der Gespräche zwischen der Bundesregierung und der chinesischen Regierung informiert?**

Die Verhandlungen über Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten werden federführend durch die Bundesregierung geführt. Es findet ein regelmäßiger Austausch hierzu insbesondere zwischen Länder- und Bundesbehörden in Bund-Länder-Gremien bzw. gemeinsamen Arbeitsgruppen oder durch direkte Nachfragen statt. Die Wirtschaft erhält die Informationen über die Wirtschaftsverbände direkt vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat.

**5. In welcher Form bringt sich die Landesregierung gegebenenfalls in die fachliche Vorbereitung oder Begleitung eines möglichen Regionalisierungsabkommens ein?**

Die Landesregierung unterstützt die fachlichen Arbeiten auf Bundes- und EU-Ebene im Rahmen ihrer Zuständigkeiten. Niedersachsen bringt seine Expertise insbesondere über die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und die zuständigen Fachgremien (Expertengruppe Export des Bundes und der Länder „Export in die Volksrepublik China“) ein. Im Rahmen der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen wurde eine Einigung auf eine technische Arbeitsgruppe zwischen dem Bund und der Chinesischen Zollbehörde erzielt, die in einen Austausch zur ASP einsteigt. Diese Verhandlungen werden in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission und den beteiligten Wirtschaftsverbänden geführt. Niedersachsen hat hierbei gegenüber dem Bund die Bereitschaft signalisiert, sich aktiv in der Arbeitsgruppe einzubringen.

(verteilt am 23.06.2026)